



Bild: ky/Martin Rütchi

Die Mehrheit der St. Gallerinnen und St. Galler wollte keinen Wegzug wohlhabender Personen – etwa ins nahe schwyzerische Wollerau (Bild) – riskieren.

Klare Abfuhr für Reichen-Steuer

Die St. Galler Linke wollte die vermögendsten Steuerzahler im Kanton stärker zur Kasse bitten – und ist damit deutlich gescheitert. Trotzdem wollen die Sozialdemokraten an ihrer Steuerpolitik festhalten.

REGULA WEIK

ST. GALLEN. Die Reichsten hätten künftig mehr Steuern bezahlen müssen. So wollte es das Komitee «Zukunft statt Abbau» mit seiner Initiative «Zukunft dank gerechter Vermögenssteuern». Das St. Galler Stimmvolk will davon nichts wissen; es hat am Wochenende das Anliegen der Linken mit 73 Prozent Nein-Stimmen wuchtig verworfen.

Steueranliegen haben es schwer

Im Kanton St. Gallen versteuern 3,9 Prozent der Bevölkerung mehr als eine Million Franken; 1,2 Prozent kommen auf ein steuerbares Vermögen von über zwei Millionen Franken. Demnach hätten die wenigsten Urnengänger künftig mehr an den Fiskus abliefern müssen. Weshalb die deutliche Abfuhr für

ein Anliegen, das einige wenige getroffen hätte? «Steuererhöhungen – auch wenn sie nur die Reichsten treffen – sind nie leicht zu verkaufen», sagt Monika Simmler, Präsidentin des Initiativkomitees und der St. Galler SP.

Auf die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger nicht vielmehr befürchtet hätten, bei einem Ja zur Initiative und der möglichen Abwanderung Vermögender aus dem Kanton am Ende die Zeche selber bezahlen zu müssen, sagt sie: «Das AngstszENARIO hat sicher funktioniert.» Doch dies sei nicht der alleinige Grund für die Niederlage. Anliegen, welche eine Veränderung der Steuerpraxis zur Folge hätten, schlage oft eine «grundlegende Skepsis» entgegen. Hinzu komme – seit der Aufhebung des Euromindestkurses – die unsichere Wirtschaftslage; in solchen Zeiten

agiere das Stimmvolk oft vorsichtig und entscheide dann: im Zweifelsfall alles beim Alten lassen.

Kämpfen gegen weiteren Abbau

Überdenkt die SP nach dieser Niederlage ihre Steuerstrategie? Monika Simmler verneint: «Wir werden nicht aufhören, für ein gerechteres Steuersystem zu kämpfen.» Sie würden sich wei-



Bild: pd

Monika Simmler
Präsidentin St. Galler SP

terhin «mit aller Kraft gegen weitere Abbaumassnahmen auf dem Buckel des Mittelstandes und der Wenigverdienenden» wehren. So, wie ihre Initiative «eine Reaktion auf die drei Sparpakete» gewesen sei.

Sicherer Platz im Mittelfeld

Gewinner am gestrigen Tag sind die bürgerlichen Parteien, die Wirtschaftsverbände und die



Bild: Urs Bucher

Martin Gehrer
St. Galler Finanzchef

Regierung. Finanzchef Martin Gehrer hatte stets betont, die Initiative stehe im Widerspruch zur Steuerstrategie des Kantons in den vergangenen 15 Jahren. «Das Verständnis für unsere Steuerpolitik ist hoch», kommentiert er nüchtern das Abstimmungsergebnis.

Eine Annahme der «Reichen-Steuer», so die Befürchtung der Regierung, hätte zu einer Abwanderung vermögender Personen geführt – und das hätte die ohnehin schon nachteilige Position St. Gallens im nationalen wie internationalen Steuervergleich weiter verschärft. «Die Bevölkerung wollte diesen Schritt zurück nicht machen», sagt Gehrer. St. Gallen strebe im schweizweiten steuerpolitischen Vergleich keine Spitzenrangierung an, aber einen gesicherten Platz im Mittelfeld der Kantone.

KOMMENTAR

Mittelstand lässt sich nicht blenden

Die Debatte über die Steuergerechtigkeit ist nicht neu. Sie ist wiederkehrend – auf nationaler wie auf kantonaler Ebene. Doch was sind gerechte Steuern? Das links-grüne Komitee «Zukunft statt Abbau» – es hatte sich nach dem dritten Sparpaket im Kanton formiert – setzt bei den Reichen an. Dort ist seiner Meinung nach mehr zu holen. Schmerzfrei. Jedenfalls für die grosse Mehrheit der St. Gallerinnen und St. Galler. Ihr Anliegen treffe nur die reichsten vier Prozent der Bevölkerung. Und es spüle erst noch gut 50 Millionen Franken zusätzlich in die Staatskasse. Mehr Geld, wenig Betroffene – das tönt vernünftig.

Die St. Galler sehen es klar anders. Sie haben das Anliegen von SP, Grünen und Gewerkschaften am Wochenende versenkt. Weil Steuererhöhungen unpopulär sind, auch wenn sie einen gar nicht treffen? Gewiss. Weil zwei Steueranliegen der Linken am selben Wochenende weitherum einen Abwehrreflex auslösen? Sicher. Doch beide Erklärungen greifen zu wenig weit.

Die Gegner der höheren Vermögenssteuer befürchteten eine Abwanderung Reicher aus dem Kanton. Das konnten sie zwar nicht belegen – eine Zustimmung zur Initiative würde die Umzugswelle ja erst auslösen. Die Initianten freilich konnten ebenso wenig das Gegenteil beweisen. Und das wog weit stärker. Sollte am Ende die grosse Mehrheit der St. Gallerinnen und St. Galler für die Steuerausfälle gerade stehen, welche die flüchtenden Vermögenden verursachen? Zahlen am Ende alle die Zeche – Mittelstand, Wenigverdienende, Familien, ältere Menschen?

Der Ansatz der Linken, den Mittelstand zu entlasten, ist ein hehrer. Bloss traut der Mittelstand der Partei nicht. So hat er am Wochenende die linke Steuererhoffungspolitik klar abgelehnt – nicht zum ersten Mal.

Regula Weik
regula.weik@tagblatt.ch

Steg als Seeuferweg abgelehnt

Wichtiges Nein: Die Rorschacherberger Stimmbürger wollen keinen mehrere Millionen Franken teuren Steg vor ihrem Seeanstoss im Neuseeland.

MARCEL ELSENER

RORSCHACHERBERG. Eine jahrelange Kontroverse in der Gemeinde Rorschacherberg ist gestern vorläufig beendet worden: Der Kredit von 3,5 Millionen Franken für einen insgesamt 5,5 Millionen teuren Steg vor dem Neuseeland (Badi Hörnlibuck bis Kopp-Areal zwischen Staad und Rorschach) wurde an der Urne mit 78 Prozent Nein-Stimmen buchstäblich versenkt. 479 Ja-Stimmen standen 1716 Nein gegenüber, bei einer Stimmbeteiligung von 50,5 Prozent.

Kaum noch Befürworter

Die Ablehnung war, sogar in dieser Deutlichkeit, zu erwarten gewesen: Der Gemeinderat hatte das Projekt gemäss einem Mehr-

heitsentscheid an der Bürgerversammlung 2013 für einen «schlichten und preiswerten» Fussgänger-Steg vorgelegt, sich vor der Abstimmung aber selber zurückgehalten. Das Projekt war von den Anwohnern sowie einer Bürgergruppe bekämpft und auch von FDP und SVP abgelehnt worden. Weil es zuletzt gar die Steg-Initianten zurückwies und eine eigene, ufernahere Variante ins Spiel brachten, hatte der Steg 100 Meter vor dem Ufer keine Chance.

Gemeindepräsident Beat Hirs deutete das klare Resultat gestern als grundsätzliches Votum gegen einen Steg – auch gegen einen günstigeren, ufernaheren. Aus Sicht des Gemeinderates sei ein streckenweise mühsamer, demokratischer Entscheidungs-

weg vorläufig beendet. Nun sei eine Lösung für Fussgänger zusammen mit dem Veloweg an der Kantonsstrasse zu finden.

«Volksrecht umsetzen»

«Ein Steg schafft nur Probleme», hiess es auf Strassenplakaten der Gegner. Jedoch sind die alten Probleme nicht aus dem Weg geschafft: Das Komitee für einen Seeuferweg mit CVP- und SP-Leuten fordert einen «Neustart», um «den Seeuferzugang als Volksrecht endlich umzusetzen», bestenfalls an einem runden Tisch. Eine Neuauflage eines Uferwegs könnte fürs dritte Aggloprogramm angemeldet werden. Sollte der Gemeinderat auf den neuen Anlauf verzichten, so das Komitee, gebe es «nur noch den gerichtlichen Weg».

«Foo Fighters wollen spielen»

Nachdem der morgige Auftritt der Foo Fighters in der AFG Arena abgesagt werden musste, wird nun fieberhaft nach einem Ersatzdatum gesucht.

CHRISTOPH FUST

ST. GALLEN. Trotz gebrochenen Beins spielte Foo-Fighters-Sänger Dave Grohl am Freitag ein Konzert in Göteborg zu Ende. Diese Nachricht machte vielen Ostschweizer Fans Hoffnung, doch seit Samstag steht fest: Der morgige Auftritt der Rockband in der AFG Arena findet nicht statt.

Das Team um Oliver Nyffeler, Projektmanager im Auftrag des Veranstalters Good News, versucht nun ein Ersatzdatum zu finden: «Es ist nicht einfach. Unsere Booking-Abteilung hat das ganze Wochenende über intensiv gearbeitet.» Derzeit ist aber noch nichts spruchreif.

Klar sei, dass sich die Band auf das Konzert in der Schweiz gefreut habe: «Die Foo Fighters

wollen in St. Gallen spielen.» Ein schwacher Trost für die Schweizer Fans: Nebst dem Konzert in St. Gallen hat die Band auch den für gestern eingeplanten Auftritt am niederländischen Pinkpop-

Festival abgesagt. Die zwei Konzerte im Londoner Wembley-Stadion von diesem Freitag und Samstag stehen nach wie vor auf dem Tournéplan, doch Nyffeler wäre nicht überrascht, wenn diese auch abgesagt würden.

Danach steht Europa bis im November nicht mehr auf dem Foo-Fighters-Tournéplan, und in der St. Galler Arena rollt ab Mitte Juli wieder der Fussball. Bei der Suche nach einem Ersatzdatum werden deshalb laut Nyffeler auch andere Auftrittsorte abgeklärt. «Wir würden gerne wieder in die AFG Arena kommen. Unter dem Strich ist aber am wichtigsten, dass wir überhaupt ein Datum finden.» Er appelliert an die Geduld der Fans und beruhigt: «Die Tickets behalten ihren Wert.»



Bild: ap

Dave Grohl, Sänger der Foo Fighters, brach sich sein Bein.